

Die deutsche Hochschulreformindustrie und die sächsische Reformmanufaktur

**Falk Bretschneider &
Peer Pasternack**
Leipzig/Wittenberg

Der Ausstoß der deutschen Hochschulreformdebatte nimmt geradezu industrielle Ausmaße an. Einmal in Fahrt gekommen, werden die Fließstrecken im Akkord bedient. Eine reichhaltige Produktpalette in Gestalt von Konzepten,

Modellprojekten, Gesetzesnovellierungen, Sonderprogrammen wie auch Tagungen und Sammelbänden belebt den Markt. Mitunter aber scheint sie ihn auch zu verstopfen: Die Förderbänder der hochschulreformerischen Fertigung werfen in Massen ihre Erzeugnisse in die Container. Die Qualitätsendkontrolle ist seit geraumer Zeit abgeschafft, denn es sollte ein prozeßorientiertes Qualitätsmanagement nach ISO 9000ff. eingeführt werden, was allerdings bislang aus Kostengründen aufgeschoben werden mußte. Die Verkaufsabteilung weiß folglich nicht so recht, welche Produkte mit welchen Argumenten anzupreisen wären. Daher quellen die Container ständig über, und man

kam auf die Idee, die potentiellen Nachfrager selbst wählen zu lassen im überreichen Angebot. Zu überblicken vermag dieses Angebot allerdings kaum noch jemand.

Trotzdem: Das Angebot läßt sich, wenn man genau hinschaut, doch ein wenig sortieren. Zunächst bedienen die Zulieferer unterschiedliche Endfertiger. Die *Hochschulen* meinen, aus den Reformfabriken vor allem Lösungen für dreierlei Unzulänglichkeiten zu benötigen: insuffiziente Entscheidungsstrukturen (bekannt geworden auch unter dem Label ‚Krise der Gruppenuniversität‘), schwerfällige und wenig leistungsfördernde Mittelbewirtschaftung sowie die Qualität der Lehre und Studierendenbetreuung. Der *Politik* fallen daneben noch einige lösungsbedürftige Probleme mehr ein: Ineffizienz der Hochschulen, Innovationsresistenz, Studiendauer und Studienabbrecher, unzureichende Abgestimmtheit zwischen Studienangeboten, Studierneigungen und Arbeitsmarkt, Hochschule als Standortfaktor. Zwei Fertigungsstrecken hingegen stehen seit geraumer Zeit still, obwohl sich alle einig sind, daß gerade deren Produkte am nötigsten wären: die Hochschulfinanzierung und die Studienfinanzierung.

Was nun fabrizieren die Hochschulen in ihren zugigen Reformproduktionshallen? Fünf verschiedene Strecken werden dort betrieben, um die verschiedensten Einzelteile mehr oder weniger sinnvoll miteinander zu vernieten und zu verschrauben:

1. Organisationsreform / Entscheidungsstrukturen – Produkte sind u.a. Strategiebildung und Zielvereinbarung, Identifikation und interne Kommunikation, Profilbildung und Leitbildentwicklung, Verwaltungsmanagement,
2. Finanzbewirtschaftung / Ressourcensteuerung – hier wird fleißig gehämmert an Finanzierungsmodellen und der hochschulinternen Mittelverteilung,
3. Studienreform – Qualität der Lehre, gestufte Abschlüsse (Bachelor, Master), Modularisierung, Auswahl der Studienbewerber, Internationalisierung, Multimedia, interdisziplinäre Studiengänge und Forschungsverbände, Optimierung der Studienberatung und die Neugestaltung der Doktorandenausbildung ziehen auf den Fließbändern ihre Bahn,

4. Personal(struktur) – da wird gesägt und gefeilt an der Personalhoheit der Hochschulen, an Teilzeitprofessuren, Professuren im Angestelltenverhältnis und leistungsorientierter Besoldung,
5. Querschnittsbereiche – im wettergeschützten Teil der Halle versuchen sich die besten Ingenieure u.a. an Selbstevaluation und *peer review*, Qualitätsentwicklung und -sicherung (u.a. durch Zertifizierung nach ISO 9000ff.), *Benchmarking*, Weiterbildungsinitiativen sowie Projekten zur Stärkung des regionalen Bezugs.

Die Politik arbeitet z.T. an ganz ähnlichen Produkten, hat aber auch noch weiteres *in petto* und im übrigen komfortablere Fertigungsbedingungen:

1. Organisationsreform / Entscheidungsstrukturen – Stärkung der Funktionsträger (Dekane, Rektorat/Präsidium), Hochschulrat, Evaluation, Förderung privatrechtlich organisierter Hochschulen verlassen hier die Maschinen,
2. Hochschulfinanzierung / Ressourcensteuerung – in die Kisten wandern Globalhaushalt und kaufmännisches Rechnungswesen, Studien- und „Verwaltungs“gebühren, Akquisition privaten Kapitals für den Hochschulbau (Leasingmodelle), Konzentration der Fächerangebote und hochschulübergreifende Studiengänge,
3. Studienreform – u.a. warten auf Kaufinteressierte Studienzzeitbegrenzung, Zugangsbeschränkungen, frühzeitige Leistungsnachweise und Zwischenprüfungen, Entschlackung der Studiengänge, ‚Freischuß‘ in allen geeigneten Studiengängen, Lehrevaluation und Lehrberichte, Nachweis pädagogischer Eignung als Berufungsvoraussetzung, Erhöhung der Durchlässigkeit, Teilzeitstudiengänge und Mobilitätsförderung durch *credit points*,
4. Personal(struktur) – Dienstrechtsreform und Personalhoheit der Hochschulen werden hier geschliffen, Professuren im Angestelltenverhältnis, Teilzeitprofessuren, befristete Professuren und Berufungszusagen, Probezeiten, Zurückdrängen der Habilitation, leistungsorientierte Besoldung, frauengleichstellungsfördernde Maßnahmen.

Selbstredend gibt es nicht allein Aktivitätsdifferenzen zwischen Hochschulen einerseits und Politik andererseits. Da es weder „die Politik“

noch „die Hochschulen“ als geschlossene Kollektivsubjekte gibt, werden auf beiden Seiten auch widerstreitende Bestrebungen verfolgt, und es versteht sich, daß auf benachbarten Fertigungsstrecken auch sich gegenseitig ausschließende Projekte in Bearbeitung sind.

Doch wie nun kommt es eigentlich zu dieser hektischen Hochschulreformproduktion? In verbreiteter Wahrnehmung stellen die Hochschulen die von ihnen gesellschaftlich erwarteten umweltrelevanten Problemlösungen nicht optimal bereit. Überlange Studienzeiten, Betreuungsmängel sowie Unverträglichkeiten zwischen vermittelten Qualifikationsprofilen und den Anforderungen des Beschäftigungssystems sind einige der einschlägigen Vorwürfe. Dadurch schwindet ihre Akzeptanz bei Hochschulangehörigen, Wissenschaftsverwaltungen, bei Öffentlichkeit und Wirtschaft. Infolgedessen sind die Hochschulen in einer Legitimitätskrise, d.h. es mangelt ihnen an zureichender gesellschaftlicher Akzeptanz.

Die Hochschulen reagieren hierauf zuallererst mit dem Verweis auf ihre chronische Unterfinanzierung. Das löst bei Politikern dreierlei Erwiderungen aus: 1. Die Unterfinanzierung sei in der Tat nicht völlig von der Hand zu weisen. 2. Gleichwohl gäbe die öffentliche Kassenlage kaum mehr her. 3. Im übrigen hätten die Hochschulen bislang versäumt, über Organisationsoptimierung interne Effizienzpotentiale zu erschließen, um mit den gegebenen Mitteln gestiegene Leistungsanforderungen zu bewältigen. Mit anderen Worten: Die über die Mittelzuweisung entscheidenden Akteure – Haushalts- und Hochschulpolitiker – übersetzen die Legitimitätskrise in eine Effizienzkrise. Mangelhafte Organisationsstrukturen in den Hochschulen seien es, die ein inakzeptables Verhältnis von monetärem Input und Leistungsoutput bewirkten.

Sollen nun die Anforderungen, denen sich die Hochschulen aktuell gegenüber sehen, erfüllt werden, ist zweierlei verlangt: Erweiterungen des traditionellen Leistungsprofils sowie Leistungssteigerungen. Beides ließe sich, sofern die bisherigen Funktionsabläufe an den Hochschulen beibehalten werden sollen, nur bei erhöhter Mittelzuweisung realisieren. Dem stehen jedoch die Prioritätensetzungen der öffentlichen Haushaltsverwalter und -gesetzgeber entgegen, die die Mittelverknappung im Hochschulbereich bewirken. Infolgedessen sollen die Hoch-

schulen mit verminderten Mitteln erweiterte Leistungen erbringen. Das stellt eine widersprüchliche Anforderung dar und ist insoweit ein Problem.

Wenn mit verminderten Mitteln erweiterte Leistungen erbracht werden sollen, wird Leistungsverdichtung erwartet. Das heißt: Pro Zeiteinheit sind mehr Leistungen als bisher zu erbringen, bzw. mit verminderten Ressourcen sind pro Zeiteinheit die gleichen Leistungen zu erbringen wie zuvor mit unverminderten Ressourcen. Leistungsverdichtungen sind indessen Grenzen gesetzt. Auf der individuellen Ebene finden sie ihr Limit in dem Punkt, der um des Erhalts der Regenerationsfähigkeit individueller Arbeitskraft willen nicht überschritten werden kann; auf der Ebene sozialer Interaktion bestehen die Grenzen der Leistungsverdichtung in den hochschulischen Handlungsbedingungen. Wer diese Grenzen überschreitet, produziert Havarien als Dauerzustand und damit permanenten Reparaturbedarf, der angestrebte Effekte der Leistungsverdichtung wieder neutralisiert.

Zu stellen sind hier nun zwei Fragen. Zum ersten an die Politik: Ist der Platz von Wissenschaft und Hochschulbildung innerhalb der politischen Prioritätensetzungen tatsächlich ihren Funktionen, die sie im Rahmen gesellschaftlicher Reproduktion haben, angemessen? Auch bei angespannten öffentlichen Finanzen werden schließlich Verteilungsentscheidungen getroffen, und wenn dies auch Sparentscheidungen sind, ist immer wieder auf eines zu verweisen: Es gibt kein unpolitisches Sparen.

Zum zweiten sind die Hochschulen zu fragen: Haben sie ihre Reserven der Effektivierung interner Prozesse bereits so ausgeschöpft, daß sie absolut keine internen Bewegungsspielräume mehr haben, mithin allein die Verbesserung der Rahmenbedingungen institutionelle Weiterentwicklungen ermöglichen kann? Oder ist die Bewegungsunfähigkeit nicht auch Ausdruck dessen, daß es hochschulintern keine Konfliktkultur gibt, die Voraussetzung eines nichtökonomisch vermittelten Wettbewerbs ist? Ohne eine solche Konfliktkultur, die mit nachvollziehbaren Verfahren der Entscheidungserzeugung untersetzt sein muß, werden sich insbesondere weitergehende Autonomieansprüche kaum legitimieren lassen.

An Politik wie Hochschulen gemeinsam ist die Frage zu stellen, ob einige der dominierenden (und damit kräftezehrenden) Debattenthemen nicht eher symbolische Auseinandersetzungen erzeugen, die jedenfalls nicht das bewirken, weswegen sie vorgeblich ventiliert werden. Zu denken wäre hier an die Diskussion um das Recht der Hochschulen zur Auswahl ihrer Studierenden,¹ Studiengebühren oder die Bestrebungen zur Studienzeitverkürzung bei gleichzeitig kontinuierlich verschlechterter Studienfinanzierung.

Die Tagung, die dieses Heft dokumentiert, wandte sich nun einem Produktionsstandort der Hochschulreformindustrie zu, der vor einigen Jahren noch Anspruch auf den Sitz der Konzernzentrale erhob. Seit geraumer Zeit produzieren indes die Maschinen in Sachsen nicht mehr ganz so laut, und manche meinen gar, sie seien völlig zum Stillstand gekommen. Die Veranstaltung wollte in den Intentionen ihrer Organisatoren mithin so etwas sein wie eine Aktionärsversammlung und (ganz bewußt) vom Aufsichtsratsvorsitzenden bis zum Kleinaktionär alle versammeln, die Anteil an der sächsischen Hochschulpolitik haben – um Bilanz zu ziehen und neue Perspektiven zu eröffnen. Danach richtete sich auch die Tagungsdramaturgie. Diese sah die systematische Verbindung zweier Module vor. Am Vormittag sollte es um die Öffnung von Perspektiven gehen: zunächst in einem theoretisch fundierten Blick auf Hochschule;² sodann aus der Sicht eines Hochschulpraktikers, dessen gestaltendes Handeln sich nicht im verbreiteten Lamento über zu wenig Geld erschöpft, der vielmehr aktiv Strukturveränderungen der akademischen Selbstverwaltung betreibt.³ Am Nachmittag

¹ Es ist dies auch ein deutliches Beispiel für die Aporien der aktuellen Debatten: Denn einerseits sollen im Zuge ökonomisierender Tendenzen in der Hochschulpolitik die studieninteressierten Nachfrager als Kunden aufgefaßt werden; andererseits möchten aber die Hochschulen sich aus dem ‚Kundenangebot‘ – qua Eignungsprüfungen – ihre Leistungsabnehmer aussuchen. Hier gibt es der Auflösung harrende Widersprüche zwischen Markt- und technokratischer Steuerungsrationalität.

² Vgl. den Beitrag des Oldenburger Universitätspräsidenten Michael Daxner (S. 9-38).

³ Vgl. den Beitrag des Hallenser Rektors Reinhard Kreckel (S. 39-50).

dann sollte den TagungsteilnehmerInnen Gelegenheit gegeben werden, mit dem vormittäglich erweiterten Blickwinkel eine neue und erfrischende Betrachtung der heimischen, hier also sächsischen Hochschulpolitik vorzunehmen.⁴

Etwas überraschend war in ihrem Ergebnis jedoch die (akteurs-) gruppenspezifische Verarbeitung dieser Tagungsstruktur am Nachmittag. Fanden sich doch das Daxner- und das Kreckel-Referat – gleichsam wie mit Sympathie aufgenommene Festvorträge – in einzelnen Nebenbemerkungen als Konzession an den politischen Bildungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung abgetan: Jetzt aber müsse man zu den „eigentlichen Problemen“ kommen. Die meisten der anwesenden Rektoren und Prorektoren nutzten den Nachmittagsteil der Tagung vornehmlich dazu, um „unserem Minister“ (wie die mehrfach gebrauchte Wendung lautete) ihre aktuellen Beschwerden infolge zu vollziehender Personaleinsparungen vorzutragen. Zugleich fand sich mitgeteilt, daß die Rektoratskollegien in regelmäßigem Austausch mit dem Minister stehen. Folglich, so kann vermutet werden, hatten die Wortmeldungen für den Minister keinen sonderlichen Neuigkeitswert. Gefordert wurde immer wieder eine sächsische Hochschulstrukturdiskussion. Die lehnte der Minister ab mit einer Gegenfrage, auf die er mehrfach Antwort erbat, jedoch nicht erhielt: Ob denn irgend jemand glaube, der Finanzminister verzichtete darauf, einer sich gegebenenfalls bildenden Hochschulstrukturkommission Ausstattungsvorgaben zu machen, die genau das bestimmten, was er mittel- und langfristig für finanzierbar hält, nämlich 8.000 Stellen im sächsischen Hochschulwesen statt heute 10.000?

Nichts also von arbeitsintensiver Vollversammlung der Hochschulpolitik Sachsen AG, statt dessen war der Eindruck nicht zu unterdrücken, daß aus der sächsischen Reformfabrik eine vor sich hin werkelnde Manufaktur geworden war. Wie beim Besuch des Ersten Ministers notierten sich die Meister zunächst eifrig die Planungskennziffern, die er mitgebracht hatte, und versuchten durch Nachfrage, ihm Details zu

⁴ Vgl. die Beiträge des sächsischen Wissenschaftsministers Hans Joachim Meyer (S. 59-68) und des Leipziger Alt-Rektors Cornelius Weiss (S. 69-79).

einzelnen Werkstätten zu entlocken. Neugierig wie Lehrlinge beschauten sich die in der zweiten Reihe versammelten Studierendenräte das Spiel mit der gebotenen Schweigsamkeit. Protestierten die Rektoren noch gegen die Wollkürzungen, angesichts derer beim besten Willen keine teuren Gobelins mehr herzustellen seien, sagten die Studierenden lieber gleich gar nichts, offenbar in klarem Verständnis für feudale Machtverhältnisse. So war die Erinnerung daran, daß sie eben noch lautstark Mitsprache in der Diskussion um die Zukunft der sächsischen Hochschulen gefordert hatten, alles, was von den mit viel Kraft, Detailkenntnis und politischem Unternehmergeist erarbeiteten Forderungskatalogen vom Dezember 1997 blieb.

Im ganzen also nur Unerfreulichkeiten. Der sich apokalyptisch zusammenbrauenden Sachlage nach hätte man an dem Tagungsnachmittag eigentlich mit reihenweisen Rektorrücktritten rechnen müssen. Dazu kam es nicht. Da man sich in Ostdeutschland mit einem Rektoramt eher selten für höhere Aufgaben qualifiziert, fallen individuelle karrierestrategische Gründe für das Ausbleiben der Rücktritte weg. Das gibt wiederum Anlaß zu Hoffnung: Offensichtlich sehen die sächsischen Rektoren doch noch Gestaltungsräume in ihren Ämtern, auf deren Benennung sie allerdings während der Tagung verzichtet haben, um die eindruckliche Wirkung ihrer an den Minister gerichteten Klage nicht zu unterlaufen.

Ein gewichtiges Argument könnte sich dabei hinter der mehrfach aufgestellten Behauptung verbergen, eine fiskalische Privilegierung von Bildung und Wissenschaft sei Gebot für die gesellschaftliche Zukunftssicherung. Hierfür freilich bedarf es intersubjektiv nachvollziehbarer und gesellschaftlich vermittelbarer Gründe. Diese sind ohne Beteiligung von Wissenschaft und Hochschulen selbst kaum zu formulieren. Ohne solche Gründe lassen sich keine hinreichend begründeten Prioritäten setzen, die sich kurzfristigen Betrachtungen in Horizonten von Haushaltsjahren oder Wahlperioden entziehen. Der Leipziger Alt-Rektor Cornelius Weiss verwies darauf unter Hinweis auf das Ruhrgebiet und Bayern, und Michael Daxners Beitrag stellte den Zusammenhang vom notwendigen Aufbrechen überkommener Perspektiven und aktuellem hochschulpolitischen Tagesgeschäft sehr deutlich heraus.

Das Aufbrechen überkommener Perspektiven wiederum sollte sich nicht primär aus der Mittelverknappung begründen, sondern aus den Funktionen, die Hochschule und Wissenschaft in einer gegebenen gesellschaftlichen Situation haben (deren Indikator unter anderem die Mittelverknappung ist). Der Mittweidaer Rektor Reinhard Schmidt war der einzige unter den Diskussionsrednern, der eben darauf aufmerksam machte: Die Hochschulen hätten, so lassen sich seine Anmahnungen zusammenfassen, in erster Linie Funktionen für die gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse und dabei insbesondere die Konflikt- wie Krisenbewältigungen innerhalb dieser Prozesse zu erfüllen; dem nachgeordnet hätten sie sich um die entsprechende Ressourcenbereitstellung zu bemühen. Mit anderen Worten: Was in der Tagungsdiskussion im Zentrum der Erörterung stand – die Ausstattung der Hochschulen –, muß über hochschulische Leistungen legitimiert werden, statt umgekehrt hochschulische Leistungsfähigkeit *allein* als Funktion beanspruchter Ausstattungen zu betrachten.

Damit wird nicht die Dramatik der politischerseits ins Auge gefaßten Einsparungsaufgaben verkleinert. Es wird nur darauf hingewiesen, daß die Begründungsfähigkeit eingeforderter Ressourcen von solchen Angeboten abhängt, die die Hochschulen erkennbar an Bemühungen um die Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen ankoppeln. Das betrifft sowohl den Bildungs- wie den Forschungsauftrag der Hochschulen:

Als *Bildungsanstalten* haben die Hochschulen insbesondere zu berücksichtigen, daß eine marktwirtschaftlich verfaßte Vollbeschäftigungsgesellschaft endgültig illusorisch ist, sich gleichzeitig eine Sientifizierung weiter Teile der Arbeitswelt vollzieht, und daß über Bildung nicht nur Chancen verteilt, sondern auch neue Chancen produziert werden. Aus diesen Umständen ergibt sich zweierlei: Zum einen werden an die Hochschulabsolventen erhöhte Flexibilitätsanforderungen gestellt (diesbezügliche Stichworte sind Mobilität, lebenslanges Lernen oder Berufswechsel als biographischer Normalfall). Deren Einlösung erfordert kognitive Fertigkeiten wie kritisches Denken, innovative Neugier, vernetztes und Mehrebenenendenken, methodische Reflexion, Polyzentrismus und Befähigung zur gesellschaftlichen Kontextualisierung sowie soziale Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit, Konfliktma-

nagement, Multitasking und Streßstabilität. Hochschulbildung wächst die Aufgabe zu, innerhalb exponentiell wachsender Komplexitäten Handlungsfähigkeit zu sichern, mithin die Fähigkeit zu möglichst risikoneutraler Komplexitätsreduktion zu vermitteln. Zum anderen werden von den Hochschulen noch höhere Anteile pro Altersjahrgang mit wissenschaftlicher Ausbildung zu versorgen sein, als dies bisher der Fall ist.

Ihren *Forschungsauftrag* betreffend, haben die Hochschulen vorrangig ein Erfordernis produktiv zu verarbeiten: Es ist ein völlig verändertes wissenschaftliches Wissen über gesellschaftliche Problemlösungsoptionen bereitzustellen, als dies bislang geschieht. Dieses Wissen hat zentral die Abschätzung der Risikopotentiale wissenschaftlicher Lösungen mitzuliefern. Das ist ein Erfordernis, welches zuallererst die traditionelle Fächerstruktur infragestellt. Risikoerkundung kann nicht länger in nachgeschaltete ‚Ethiken‘ oder Technikfolgenabschätzungs-Bereiche delegiert werden, sondern wäre in die Kerne der traditionellen Disziplinen zu integrieren. Inhaltlich betrifft dies, um es zu illustrieren, nicht allein die gängigen Megathemen Ökologie/Klimawandel, Hunger, ethnische Konflikte, Bevölkerungswanderung oder gesellschaftliche Desintegration als Folge der ökonomischen Verwerfungen, sondern beispielsweise auch Probleme wie Verstädterung oder die Gestaltung der Informationsgesellschaft als sozial einbindendes oder ausschließendes Projekt.

Hierzu Angebote zu entwickeln und Beiträge zu leisten, müssen sachgerechte Strukturen entwickelt werden (und das werden, da es sich um neue Herausforderungen handelt, kaum allein die alten Strukturen sein können). Für diese ließe sich dann mit größerer argumentativer Durchschlagskraft auch die entsprechende Ressourcenausstattung einfordern. Wer sich indes allein auf der hier dokumentierten Tagung über die Situation der sächsischen Hochschulen informieren wollte, mußte den Eindruck gewinnen, daß es ihnen vor allem um zwei Dinge geht: Entweder Stellenstreichungen abzuwenden oder aber die Politik zu überreden, die bei Fortsetzung der Einsparungen nötigen Schließungen von Studiengängen bzw. Instituten vorzunehmen, also die Amputation

zu vollziehen, auf daß den Hochschulen die Selbstamputation erspart bleibe.

Um es noch einmal zu sagen: Die Forderung an die Politik, die gesellschaftlichen Funktionen von Hochschule und Wissenschaft (und zwar langfristig) zu bedenken und mit den zu treffenden Allokationsentscheidungen abzugleichen, ist sehr wohl zulässig. Ob von Seiten der Hochschulen jedoch allein damit Legitimität und also gesellschaftliche Akzeptanz unter anderem für berechtigte Ansprüche erworben werden kann, darf füglich bezweifelt werden. Ringsherum kracht es in der Welt, wie die Finanzkrisen in Asien und Rußland oder der Partikularismus in Osteuropa zeigen, aber auch in Sachsen existiert noch das eine oder andere Problem, etwa Arbeitslosigkeit oder Rechtsradikalismus und fremdenfeindliche Grundstimmung. Doch was tun die sächsischen Hochschulen?

Sie schließen z.B. das Leipziger Institut für Natur- und Umweltschutz, statt dessen Personal endlich einen innovativen Kopf zur Seite zu stellen, auf daß das Institut aus seiner konzeptionellen Sackgasse herauskomme (und daß es in diese erst hineingeraten konnte, war auch schon ein Ergebnis bemerkenswerter Kurzsichtigkeit).

Die Potenzen, die sich aus Sachsens Lage im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien entwickeln ließen, werden nicht zu Initiativen etwa für konsequent länder- und kulturübergreifende Graduiertenkollegs genutzt, geschweige denn zur Einrichtung von gemeinsam verantworteten universitären Einrichtungen – wie dies neuerdings die Europa-Universität Viadrina und die Universität Poznan mit dem gemeinsamen *Collegium Polonicum* in Slubice vorexerzieren. Die Möglichkeiten zur Vernetzung von Lehre, Studium und Forschung, welche die Universitäten Leipzig und Halle/Saale (die in einem Universitätsverbund mit Jena zusammengeschlossen sind) in naher räumliche Entfernung bereitstellen, werden ebenso kaum – und damit viel zu wenig – genutzt.

Die sächsischen Hochschulen entwickeln, mit Ausnahme der TU Bergakademie Freiberg, keine systematischen Initiativen im Weiterbildungsbereich (in dem sich, nebenbei bemerkt, auch Gelder akquirieren ließen), obwohl dort jetzt und nicht irgendwann später die *claims* zwi-

schen privaten und öffentlichen Anbietern abgesteckt werden, und obwohl private Bildungsträger zwar nicht den Bereich der akademischen Weiterbildung im Sinne der Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse abdecken können, sich deshalb aber nicht davon abhalten lassen werden, das Gegenteil zu behaupten. Sächsische Hochschulen haben auch immer noch kein einziges Angebot für einen Teilzeitstudienengang, obgleich 12% ihrer Studierenden durch gezwungenermaßen permanentes Jobben *de facto* Teilzeitstudierende sind.⁵

Auch manch gern bewohnter Verschlag geduldeter staatlicher Vormundschaft in den Hochschulen kann noch verlassen und gegen den luftigen Standort zivilen Selbstbewußtseins eingetauscht werden: Als das Dresdner Ministerium den sächsischen Hochschulen im Mai 1998 untersagte, jegliche Veranstaltungen politischen Inhalts in ihren Räumen stattfinden zu lassen, weil bald Bundestagswahl sei, da schrieben die Hochschulen nicht zurück, daß man die Anweisung leider ignorieren müsse, da sie den Kernbestand der institutionellen Autonomie tangiere, sondern wendeten sie – wie die Universität Leipzig im Juni des Jahres – exzessiv an.

Auch im Bereich schlichter Organisationsreform ließ sich auf der Tagung kein erstklassiges Bild der sächsischen Hochschulen gewinnen: Ob an den sächsischen Hochschulen irgend etwas stattfindet, mit dem sie ihre parallel viel beschworene Wettbewerbsfähigkeit zu sichern suchen, konnte hier jedenfalls niemand erfahren. Immerhin wies der Dresdner Universitätsrektor Mehlhorn darauf hin, daß die Hochschulen noch Hausaufgaben zu erledigen hätten. Denn die Haushaltsglobalisierung, so sein Beispiel, habe zur Voraussetzung, daß überprüfbare Outputbedingungen von der Hochschule vorgelegt werden; die Hochschulen jedoch wüßten bislang selbst nicht, was die Prozesse in ihrem Haus kosten. Eingeweihte wissen, daß die Dresdner TU sich im Rahmen des Stifterverbands-Reformuniversitäten-Programms seit geraumer Zeit mit genau solchen Fragen befaßt. Es wäre ja nun durchaus von allgemeine-

⁵ Neben den 12% laufend Erwerbstätigen sind nach der jüngsten, der 15. Sozialerhebung des DSW noch weitere 43% der Studierenden gelegentlich bis häufig erwerbstätig.

rem Interesse gewesen, wie weit man denn in Dresden mit den Hausaufgaben schon gekommen ist und worin möglicherweise die Schwierigkeiten dabei liegen.

Das blieb leider ungesagt, obwohl es die hochschulseitige Einlösung eines zentralen Anspruchs sächsischer Hochschulpolitik hätte illustrieren können: Mitte der 90er Jahre wollte Sachsen ja durchaus die Dampfmaschine der gesamtdeutschen Hochschulreform sein, und Minister Meyer schaufelte als deren Heizer eine Menge Briketts in das Landeshochschulgesetz. Was immer man von diesen im einzelnen halten mag: Ob eines dieser Briketts schon lodert oder glimmt, war auf der Leipziger Tagung nicht zu erfahren. Im übrigen auch vom Minister nicht. Er referierte eine Strukturplanung, die sechs Jahre alt ist und verwendete seine argumentative Kraft darauf, deren aktuelle Gültigkeit zu verteidigen. Die ihm von den Veranstaltern zum Thema gegebene „Strukturreform“ reduzierte sich in dieser Perspektive dann wohl naturgemäß auf Entscheidungen über Studiengangschließungen, Zusammenlegungen von Einrichtungen oder Zwangskooperationen zwischen einzelnen Hochschulen. Um im Bild zu bleiben: Hochtemperaturkoks hatte er damit auch nicht auf der Schippe.

Doch ob und in welcher Weise die sächsische SPD an diesen Zuständen etwas ändern möchte, das freilich muß sie in ihr Programm auch erst noch hineinschreiben. Bistlang trug die Arbeit der sozialdemokratischen Opposition in Sachsen, soweit es die Hochschulpolitik betraf, zu oft reaktiven Charakter hinsichtlich der Aktionen der Staatsregierung. Viel seltener jedoch trat sie durch innovative Vorstellungen hervor, die sowohl theoretisch untermauert waren wie empirische Realisierungschancen erwarten ließen.

Insoweit sind es nicht nur die Hochschulen, die mit ihren Hausaufgaben noch nicht ganz fertig sind.

Autoren

Falk Bretschneider, studiert Geschichte, Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig und war 1995/96 Sprecher des StudentInnenRates ebenda.

Michael Daxner, Prof. Dr., Anglist und Hochschulforscher, bis September 1998 Präsident der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

Ursula Koch-Laugwitz ist Leiterin des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Reinhard Kreckel, Prof. Dr., Soziologe, ist Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Hans Joachim Meyer, Prof. Dr., Anglist, ist Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst.

Peer Pasternack, ist Politikwissenschaftler am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg.

Cornelius Weiss, Prof. Dr., Theoretischer Chemiker, war 1991 bis 1997 Rektor der Universität Leipzig.